

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 686 846 ppbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Helmut Kuhne setzt sich mit den Forderungen nach einer generellen Mitgliederbefragung auseinander: Die Risiken ernsthaft erörtern.

Seite 1

Willy Görlach MdEP formuliert Anforderungen an die neue EG-Agrarpolitik: Tiere auf dem Weg zum Schlachthof nicht quälen.

Seite 5

**Dokumentation**  
Der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe sprach auf der Auftaktveranstaltung zur "Woche der ausländischen Mitbürger" am 26. September in Wittenberge: "Extremismus ein Problem der ganzen Gesellschaft". Auszüge aus seiner Rede

Seite 6

48. Jahrgang / 184

27. September 1993

### Die Risiken von Mitgliederbefragungen bedenken

Die organisationspolitische Debatte muß alle denkbaren Folgen einer grundlegenden Veränderung ins Auge fassen

Von Helmut Kuhne  
Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Westliches Westfalen

Nach der Mitgliederbefragung über den neuen Parteivorsitzenden begegnet man überall aktiven Parteimitgliedern, die ihre Skepsis gegenüber dieser Willensbildungsform äußern, aber gleichzeitig die Meinung vertreten, man könne nichts mehr ändern, der "Geist sei aus der Flasche". Vor dem Bundesparteitag der SPD ist es deshalb angebracht, eine offene Diskussion über diese Fragen zu führen.

Aus der Ökologiediskussion kennen wir das Denkmodell der Vernetzung. Dieses gilt auch für Organisationen: Wer sie an einer Stelle verändert, muß wissen, daß sie an anderen Stellen nicht unverändert bleiben können. Man kann auf breiter oder eingeschränkter Front Urabstimmungen und Urwahlen einführen, aber man muß wissen, was man tut. Man muß wissen, daß auf die Dauer eine Repräsentativ- und eine Urabstimmungsstruktur nicht werden nebeneinander existieren können. Die SPD muß sich entscheiden, ob sie einen quälenden Prozeß mit ständigen organisationspolitischen Friktionen auf Sicht nimmt (Dauer voraussichtlich zehn Jahre), um am Ende doch wieder bei der Entscheidung zu landen, ob man bei dem Organisationsprinzip einer politischen Partei bleibt, wie es sich in Westeuropa herausgebildet hat, oder ob man sich zu einer Partei entwickelt, in der Kerna von Profis um die Spenden und die Stimmen von lose gebundenen Anhängergruppen konkurrieren.

Die Verteidigung der Organisationsprinzipien westeuropäischer Parteien leidet unter dem, was gemeinhin "Parteienverdrossenheit" genannt wird. Die Schwächen dieses Parteientypus sollen nicht bestritten werden, aber ehren- und hauptamtliche Funktionäre und Delegierte sind eben nicht diejenigen, die für Diätenskandale und ähnliches verantwortlich gemacht werden können, was dann in "Parteienverdrossenheit" geendet hat. Es ist auffallend, daß zu den Propagandisten neuer Organisationsprinzipien gerade diejenigen gehören, die vermittlels der bestehenden Parteistrukturen in öffentliche Ämter gekommen sind. Gefragt werden muß, ob ein anderer Parteityp die Schwächen des jetzt gültigen tatsächlich vermeidet oder nicht sogar zusätzliche Probleme mit sich bringt.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Freiwiliger Umgang  
mit recyceltem Rohmaterial  
Recycling-Papier



Als ehrenamtlicher Parteilfunktionär des sogenannten mittleren Managements habe ich bei dieser Diskussion nicht nur abstrakt wissenschaftliche Interessen. Ich möchte, daß meine für die Partei aufgewandte Arbeitszeit - etwa ein Drittel einer jährlichen tariflichen Arbeitszeit - zählbaren politischen Einfluß mit sich bringt, wenn sie denn schon unbezahlt ist. Andere an der Diskussion Beteiligte legen ihre Interessen weniger offen. Man kann plausibel vermuten, daß die nicht wenigen Träger öffentlicher Ämter innerhalb der SPD, die sich für Urwahlen aussprechen, damit das Interesse verfolgen, sich den Einflüssen der ehrenamtlichen Struktur zu entziehen. Eingewirkt wird auf diese Diskussion durch Berufsgruppen ("Kommunikationsberater"), deren materielle Perspektiven davon abhängen, daß sie statt der ehrenamtlichen Gremien Partner der Träger öffentlicher Ämter werden.

Nicht zufällig kommen deshalb aus dieser Gruppe abwertende Urteile über angeblich mangelnde Professionalität des ehrenamtlichen Bereichs. Flankenschutz leisten Publizisten aus dem postmodernen Spektrum sowie die Medien, deren Selektionskriterien für wichtige Ereignisse nicht mit denen der bestehenden Parteien kompatibel sind und für die deshalb ein politisches System wünschbar wäre, in dem die Personalisierung politischer Vorgänge nicht erst durch die Medien erfolgen müßte, sondern strukturell vorgegeben wäre.

#### Tür und Tor für Manipulationen geöffnet

Für Urabstimmungen in Sachfragen sind in den Änderungsanträgen des Parteivorstandes zum Organisationsstatut recht präzise Vorgaben gemacht. Bei Personalentscheidungen erfolgt auf den ersten Blick der Rückzug durch die Beschränkung der Urwahl auf den/die Kanzlerkandidaten/in und die Wahl von Kandidat/innen für öffentliche Ämter auf Vollversammlungen. Wahllokale oder gar Briefwahlen sind demnach ausgeschlossen, oder? Wann es denn nicht in den Vorschlägen des Parteivorstandes die "Konsultative Mitgliederbefragung" gäbe, wozu die noch, wenn es doch die Urabstimmung mit recht präzisen Regelungen gibt? Der zweite Blick zeigt, daß für "Konsultative Mitgliederbefragungen" mit Ausnahme des Organisationsstatuts keine einschränkenden Regelungen vorgesehen sind. "Jeder Gegenstand der politischen Willensbildung" kann diesem Verfahren unterworfen werden. Müssen in Urabstimmungen noch Entscheidungsvorschläge mit Begründung vorgelegt werden, so ist hier jeder manipulativen Fragestellung Tür und Tor geöffnet. Und da auch Personalfragen zu den "Gegenständen der politischen Willensbildung" gehören, kann die "konsultative Mitgliederbefragung" zur de facto-Urwahl für alles werden, deren Ergebnisse in einer Übergangszeit von Delegiertengremien sanktioniert werden (müssen)!

Das entscheidende Problem der Einführung von Urabstimmungen und Urwahlen heißt: Gespaltene Legitimität. Beschlüsse von Parteitag und Vorständen stehen in einem System, in dem es konkurrierende Entscheidungssysteme gibt, nach Bedarf unter Legitimitätsvorbehalt: Jeder überstimmte Prominente, jede überstimmte Interessengruppe, jede Zeitung kann im Prinzip jede Entscheidung darauf hin anzweifeln, daß die Mitglieder doch alles ganz anders sähen. Die Beschwörung des Demokratieprinzips drängt folgerichtig dazu, jedes Mandat und jede Parteilfunktion per Urwahl wählen zu lassen und praktisch jede inhaltliche Frage von einiger Bedeutung in einer Urabstimmung entscheiden zu lassen. Machen wir ein Gedankenexperiment: Falles Johannes Rau im nächsten Jahr Bundespräsident werden sollte, muß die SPD entscheiden, wer ihm als Ministerpräsident und als Landesvorsitzender nachfolgen soll.

Im bisherigen System hat die SPD in Nordrhein-Westfalen die seinerzeitige Nachfolgeentscheidung zu Gunsten von Johannes Rau auf zwei aufeinander folgenden Landesparteitagen getroffen. Nach der Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz sähe sie sich bohrenden Fragen ausgesetzt, wollte sie diesen Weg beibehalten. Nun ist aber vielen, auch Sozialdemokrat/innen, nicht bekannt, daß der Landesverband NRW eine von den Bezirken eingerichtete Arbeitsstruktur zur Behandlung landespolitischer Fragen ist, bundes- und organisationspolitische Kompetenzen aber nach wie vor bei den Bezirken liegen. Die vier Bezirksvorsitzenden in NRW müssen ein unmittelbares Interesse daran haben, ebenfalls per Urwahl gewählt zu werden, soll sich die eingespielte Gewichtsverteilung nicht binnen weniger Jahre zuungunsten der

Bezirke verändern. Vorsitzende der Unterbezirke müssen ein Interesse daran haben, ebenfalls per Urwahl gewählt zu werden, wenn sie bei innerparteilichen Diskussionen gegenüber Bürgermeistern, Landtags- und Bundestagsabgeordneten überhaupt noch die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen wollen. Und warum sollten einfache Vorstandsmitglieder bei kontroversen Diskussionen innerhalb der Vorstände sich von ihren Vorsitzenden verhalten lassen, als seien ja nur von Delegierten, er/sie aber von allen Mitgliedern gewählt?

Spätestens an dieser Stelle erfolgen von Befürwortern der Einführung von Urwahl und Urabstimmung die scheinbar beruhigenden Einschränkungen: Natürlich könne man nicht ständig urabstimmen, das Instrument verbrauche sich sonst, man müsse diese Entscheidungsmöglichkeiten selektiv einsetzen. Hier muß die Frage gestellt werden, wie demokratisch unter solchen Einschränkungen das Instrument sich dann in der Realität auswirkt. Wer hat die faktische Entscheidungskompetenz, wann die Mitglieder zur Urabstimmung oder zur Urwahl gebeten werden? Wird es immer dann geschehen, wenn die jeweilige Parteiführung gegenüber der ehrenamtlichen Struktur das Bild der Inkompetenz bietet und in der Gefahr ist, abgelöst zu werden, so daß man schnell ein bißchen Legitimation bei der Mitgliedschaft tanken muß? Und wird nicht bei unserer Medienstruktur schon die bloße Möglichkeit einer Niederlage der Parteiführung in einer Sachfrage zu einer Frage von Rücktritten auf der ganzen Linie? Mit dem letzten Problem kann man nur in zweifacher Weise umgehen: Man kann probieren, wie lange die breite Mitgliedschaft das Spiel mit versteckten Rücktrittsdrohungen mitemacht, ob diese es länger durchhält als disziplinierte Parteifunktionäre oder aber die Abstimmung über präzise formulierte inhaltliche Entscheidungsalternativen gerade umgehen. Die Entwicklung dürfte deshalb eher in Richtung 'Konsultative Mitgliederbefragung' als in Richtung 'Mitgliederentscheid' gehen. Schön, daß in den Anträgen des Parteivorstandes dafür schon Vorsorge getroffen wurde. Schließlich kann man aus der Urwahl eine Art inhaltliche Generalvollmacht herleiten wie sie etwa gewählten Abgeordneten durch die Volkswahl erteilt wird. Inhaltlich abweichende Positionen könnte dann die Mitgliedschaft nur durch Abwahl aus der Funktion zum Ausdruck bringen und bis dahin muß erst einmal einiges an Unzufriedenheit zusammen kommen. Ob diese beiden realistischen Alternativen sowohl demokratiethoretisch wie praktisch wirklich ein mehr an Mitbestimmung und Demokratie für die Mitglieder bedeuten, kann man bezweifeln.

Plausibel ist ebenfalls die Vermutung, daß die Einführung von Urwahlen auf breiter Front zu einer tiefgreifenden Veränderung des politischen Systems führen werden. Wenn Wahlkreiskandidat/Innen praktisch in einem Vorwahlsystem gekürt werden, wieso sollen dann 100 Personen eines Bezirksausschusses legitimiert sein, aus diesen per Vorwahl gekürten Personen noch eine Rangfolge (Reserveliste) zu bilden? Die Abschaffung der Reservelisten zu Gunsten der Erhöhung einer Zahl von Direktwahlkreisen wird ja bereits jetzt auch von Trägern öffentlicher Ämter in der Partei propagiert. Die Durchsetzungschance für diese Forderung würde erheblich steigen und kräftige Medienunterstützung genießen. Damit holten wir uns alle die Probleme ins politische System, mit denen sich Briten und Franzosen bewußt, die Amerikaner mehr und mehr bewußt herumschiagen.

Weitere absehbare Folgen eines entsprechenden Wandels:

- Die Erwartung, die soziale Zusammensetzung des politischen Personals werde sich aufgrund eines geänderten Wahlverfahrens grundlegend ändern, kann eintreten, aber anders, als die Befürworter es sich vorstellen. Die Vorstellung, die sozialen Gruppen, die sich heute in den ehrenamtlichen Gremien tummeln, seien auf diese Weise in ihrer Bedeutung für den politischen Prozeß zu reduzieren, ist falsch. Das oftmals professionelle Wissen, das in diesen Gruppen vorhanden ist, stünde auf dem kommerziellen Markt der Strategie- und Medienberatung zur Verfügung, da diese Gruppe vermutlich keine besondere Lust haben wird, sich in Funktionen nur zum Zwecke des Bewachens von Wahlurnen wählen zu lassen. Und der Bedarf nach derartigen Strategie- und Kommunikationsberatern dürfte steigen, da in Zukunft neben der Volkswahl auch die verschiedenen innerparteilichen Vorwahlen besser organisiert werden müßten. Und mit welcher Plausibilität sollten die Träger öffentlicher Ämter sich nicht noch stärker aus diesen sozialen Gruppen rekrutieren, da es noch mehr auf öffentliche Kommunikationsfähigkeit ankommen wird?

- Es liegt auf der Hand, daß unter den Bedingungen einer derartig umorganisierten Partei oder gar eines derartig umorganisierten politischen System, ein Steuerungssystem per Geschlechterquote oder gar Bevorzugung jüngerer Menschen keine Rede mehr sein wird.
- Bereits jetzt gibt es aus Süddeutschland das Beispiel eines CDU-Kreisverbandes, in dem von einem Unternehmer gesponserte Masseneintritte den Ausschlag bei einer Urwahl des Bundestagskandidaten gegeben haben. In einer ersten Phase der Entwicklung sind derartige Vorgänge auf breiter Front zu erwarten, schließlich aber wird sich die Frage stellen, warum es denn überhaupt Mitglieder mit Beitragszahlung geben muß. Ist es nicht sinnvoller, seine bisherigen Beiträge in Form von Spenden in die Wahlkampfkasse des/derjenigen Kandidat/innen zu stecken, die man ohnehin lieber hätte, als mit seinem Beitrag einen Kandidaten zu finanzieren, den man nicht leiden kann? Die gleiche naheliegende Frage kann man sich für Interessen- und Richtungsgruppen innerhalb der Partei stellen.

Die groß erwartete stärkere Beteiligung der Mitglieder wird mit ziemlicher Sicherheit die Auflösung der Rolle des Mitgliedes zu Folge haben. Es bleibt lediglich zu entscheiden, ob man das für letztlich unvermeidbar und daher richtig hält wie Joachim Raschke im letzten "Vorwärts" oder nicht.

Betrachten wir unter diesen Gesichtspunkten die Entscheidungsoptionen, die die Partei hat:

- Für diejenigen, die die angedeuteten Entwicklungslinien des politischen Systems nicht wollen, ist die ehrlichste und logischste Konsequenz die Ablehnung von Möglichkeiten der Urwahl und Urabstimmung. Diese Position hat den Nachteil, daß sie zwar gut begründet ist, aber kaum mehrheitsfähig.
- Logisch und ehrlich wäre ebenfalls die Entscheidung, sich den oben genannten zehnjährigen Prozeß organisationspolitischer Friktionen zu ersparen und im November den Grundsatzbeschluß zu fassen, nach der Bundestagswahl innerhalb von zwei Jahren ein völlig neues Organisationsstatut zu schaffen, das vollständig der inneren Logik von Urwahlen und Urabstimmungen entspricht. Diese Option wäre ebenfalls ehrlich und folgerichtig, hätte aber den Nachteil, daß sich für sie nur diejenigen aussprechen würden, die der Partei einen zehnjährigen quälenden Prozeß ersparen wollen, während diejenigen, die die oben dargestellten Entwicklungswege für inhaltlich wünschbar halten, sich bedeckt halten würden. Außerdem dürfte die Zahl derjenigen groß sein, denen man die Illusion einreden kann, Repräsentativ- und Urabstimmungssysteme könnten auf Dauer koexistieren.
- Die schlechteste Option ist die Schaffung einer Generalklausel über die "Konsultative Mitgliederbefragung", aufgrund der je nach Bedarf entschieden werden kann, welche Position gerade in Urwahl vergeben wird beziehungsweise zu welchem Thema man die Mitgliedschaft entscheiden läßt. Eine solche Generalklausel bedeutet eine Erweiterung der Macht vor allem der Träger der öffentlichen Ämter gegenüber den Ehrenamtlichen und letztlich auch gegenüber der Mitgliedschaft.
- Wer für ein Höchstmaß an tatsächlicher Mitgliederbeteiligung ist und gerade deshalb den Instituten Urabstimmung und Urwahl mißtraut, dem bleibt nur die Option, innerhalb des Organisationsstatutes abschließend zu regeln, welche Funktionen und Ämter per Urwahl besetzt werden (dürfen). Diese Regelung muß so formuliert sein, daß sich aus ihr eindeutig ergibt, daß für alle anderen Funktionen und Mandate eben keine Urwahl vorgesehen ist. Gleiches gilt für Entscheidungen über inhaltliche Fragen. Gegenstandsbereiche und Form von Abstimmungen sollten ebenfalls abschließend geregelt werden. Wer wirklich ein Interesse an Demokratie hat, muß dafür sein, daß über ausformulierte Gesetzesentwürfe und nicht über Generalermächtigungen abgestimmt wird. Sowohl für Wahlen wie für Abstimmungen in der Sache müssen ebenfalls bindende Regelungen wie Quoren, Stichentscheide bei fehlender absoluter Mehrheit usw. festgelegt werden.

Die Partei kann in ihrer organisationspolitischen Diskussion und auf dem Bundesparteitag im November jeden dieser vier Wege beschreiten. Es kann durchaus sein, daß sie in ihrer Mehrheit zu der Entscheidung kommt, die von mir dargestellten und negativ bewerteten Entwicklungslinien seien positiv zu bewerten. Aber sie sollte sich nicht einreden lassen, diese Entwicklungen würden nicht eintreten, weil wir doch alle kluge und verständige Menschen sind. Sie werden eintreten und wir sollten in zehn Jahren niemandem die Ausrede gestatten, er habe nicht gewußt, worüber er abgestimmt hat.

(-/27. September 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Tiere auf dem Weg zum Schlachthof nicht quälen** **Anforderungen an die neue EG-Agrarpolitik**

**Von Willy Görlich MdEP**

Die EG muß aufhören, den Export von Lebendvieh zu begünstigen. Gleichzeitig dürfen regionale Schlachthöfe nicht geschlossen werden. So können die für die Tiere qualvollen überlangen Transportzeiten erheblich reduziert werden.

Die EG-Kommission hat aufs neue beschlossen, bei Ausfuhr von Lebendvieh eine höhere Exportunterstützung als bei geschlachtetem Vieh zu zahlen. Eine solche Subventionierung macht aber nur dann Sinn, wenn damit Schutzmaßnahmen beim Tiertransport finanziert würden. Ist dies nicht der Fall, wird die EG mit ihrer Exportunterstützung einen Anreiz zum oftmals qualvollen Transport von Lebendvieh aufrechterhalten. Insgesamt schaden solche Subventionen mehr, als daß sie nützen. Denn die Berichterstattungen über die qualvollen Tiertransporte sind für viele Verbraucher ein weiterer Anreiz, den Fleischkonsum zu senken.

Es genügt nicht, allein die Höchstdauer für Tiertransporte zu reduzieren, gleichzeitig müßten auch in allen Regionen ausreichende Schlachtkapazitäten zur Verfügung stehen. Erst sie ermöglichen einen kürzeren Transportweg. Die mit der EG-Frischfleischrichtlinie verbundene Schließung kleinerer Schlachthöfe spricht diesem Ansatz entgegen. Eine weniger bürokratische Handhabung der Richtlinie kann weitere Schließungen verhindern. Eine diesbezügliche Änderung der Richtlinie muß deshalb von der EG nachgereicht werden. Insgesamt hat die EG-Schlachthofpolitik dafür gesorgt, daß nur große Schlachteinheiten gefördert wurden, gegen die kleine Schlachthöfe nur schwer konkurrieren können.

Eine stärkere Regionalisierung der Schlachtungen entspräche nur den Prinzipien der GAP-Reform. Die neue EG-Agrarpolitik will in Zukunft mehr Qualität denn Quantität fördern. Dies gelingt, in dem man die regionalen Besonderheiten eines Produktes heraushebt und somit das Vertrauen der Verbraucher gewinnt. Die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Rohstoffe muß auch in den jeweiligen Regionen geschehen. So könnten die Verbraucher leichter nachvollziehen, wo und wie die regionalen Produkte produziert werden. Dies schließt mit ein, daß die Verbraucher etwaige kleinere Belastungen durch die Nähe zu einem Schlachthof zu ertragen hätten.

(-/27. September 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Manfred Stolpe: "Extremismus ein Problem der ganzen Gesellschaft"

Anlässlich der Auftaktveranstaltung zur "Woche der ausländischen Mitbürger" am 26. September in Wittenberge beteiligte sich der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe an einer Solidaritätsaktion zugunsten des Friedensdorfes Storkow und verstellerte einen handsignierten Fußball des FC Bayern München. In seiner anschließenden Rede wandte sich Stolpe gegen Gewalt und Ausländerhaß und forderte mehr Verständigung und Toleranz. Wir dokumentieren Auszüge:

Nehmen Sie die heutige Stimmung mit nach Hause, tragen Sie sie zu Ihren Nachbarn, Ihren Kollegen, haben Sie den Mut, für die Interessen ihres ausländischen Mitbürgers einzutreten. In diesen Zeiten, da sich der Extremismus als Problem der ganzen Gesellschaft zeigt, sind alle Demokraten gefordert. Lassen Sie uns deshalb alle demokratischen Kräfte fest gegen Gewalt und Haß zusammenschließen, damit die Toleranz siegt und Bürger verschiedenster Nationalität in Brandenburg wie in ganz Deutschland friedvoll miteinander leben können.

Die Sorgen um das eigene Wohl lassen viele Menschen die Nöte des anderen ignorieren. Sie übersehen dabei völlig, daß sie sich selbst der Menschenwürde berauben, indem sie den Mitbürgern aus der Fremde das Lebensrecht absprechen. Intoleranz und Chauvinismus - das lehrt uns die deutsche Geschichte - treffen auf Dauer niemals nur den anderen; sie verändern die ganze Gesellschaft, schränken schließlich eigene Bürgerrechte massiv ein.

Aus menschenverachtender Gesinnung entsteht eine akute Gefährdung für alle. Solchen Anfängen zu wehren, ist jedoch nicht nur eine Forderung an die Politiker, sondern Pflicht jedes Bürgers. Denn jedermann hat neben verfassungsmäßigen Rechten auch sittliche Pflichten seinem Nächsten gegenüber, egal, welche Farbe seine Haut hat oder welcher Nationalität er ist. Wir müssen lernen, offen zueinander zuzugehen. Wir müssen den Mut haben, die Sorgen des anderen ernst zu nehmen, und wir sollten auch in den anderen 51 Wochen des Jahres eine aktive Toleranz praktizieren.

Nur mit Toleranz und Weisheit werden wir eine friedliche Zukunft für unsere Kinder und Enkel sichern können.

(-/27. September 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*